

# Was ist Rassismus?

Die im August von der CDU angefangene Hetzkampagne gegen Asylbewerber und Ausländer hatte die Ablehnung von den wahren sozialen Problemen und ihren wahren Verursachern zum Ziel. Dabei wurden die Konsequenzen bewußt in Kauf genommen: das Anwachsen der Neo-Nazis und die Terror- und Mordanschläge auf Asylanten- und Ausländerwohnheime.

Nach einer anfänglichen Ohnmacht formierte sich eine antirassistische Gegenbewegung. In vielen Städten hat es in den letzten Wochen (oft mehrere) antirassistische Demonstrationen gegeben. Am 9. November gingen in ganz Deutschland über 100.000 Menschen gegen Rassismus auf die Straße.

In weiten Teilen der Bevölkerung gibt es Empörung und Wut über die Terrorakte der Faschisten, über 70% haben in einer Umfrage erklärt, sie würden Ausländern helfen, die auf der Straße angegriffen werden. Aber der Großteil dieser 70% sieht trotzdem in den Asylbewerbern ein Problem.

Für den anti-rassistischen Kampf stellt sich die Aufgabe, Klarheit darüber zu bekommen, was Rassismus überhaupt ist und wie er entsteht. Leider kann davon heute noch keine Rede sein. Im Gegenteil, wenn man den meisten Rednern auf Demonstrationen zuhört, so vermißt man eine genaue Analyse des Rassismus und der derzeitigen Lage. Die Mehrzahl der Gruppen, die heute ihre Stimme gegen die Nazis und gegen Rassismus erheben, lehnen die rassistischen Übergriffe vor allem mit moralischen Argumenten ab, allen voran die SPD, Gewerkschaften und die Grünen. Molotow-Cocktails auf Ausländerheime zu werfen sei unmenschlich und deshalb abzulehnen. Natürlich ist das unmenschlich und auch deshalb abzulehnen, aber diese Argumentation geht dem Problem nicht auf den Grund und bleibt an der Oberfläche. Hinter diesem Moralisieren steckt aber auch der Fehler, die wahren Ursachen für Rassismus unausgesprochen zu lassen. Wenn man richtig zuhört, bekommt man als Ursache des Rassismus oftmals den Rassismus selbst präsentiert. Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß werden als in der Natur der menschlichen Psyche liegend dargestellt.

## Typisch deutsch?

Schnell wird dann auf die „deutsche Vergangenheit“ hingewiesen und die Kollektivschuldthese ausgepackt. Der „Deutsche“ an sich ist halt besonders rassistisch oder wenigstens besonders anfällig für rassistische Ideologie. Das geht so weit, daß auf Demonstrationen Plakate auftauchen, die sagen „Ich schäme mich ein Deutscher zu sein!“ In einem Flugblatt des Bundesvorstandes der Jungsozialistinnen steht: „Hinzu kommt, daß Feindbilder in Deutschland Tradition haben, man muß nicht auf den Nationalsozialismus zurückgreifen. Wurden in der ehemaligen DDR Menschen mit anderen Ideen zu Staatsfeinden, bösen Imperialisten, Faschisten etc. abgestempelt und kriminalisiert, machte der Westen aus manchem Kritiker der Atomenergie einen Verfassungsfeind. Und hüben wie drüben gab es Ausländerfeindlichkeit gegenüber ausländischen Arbeitnehmerinnen aus der Türkei oder Vietnam. Die gesellschaftlichen Probleme lassen heute keine einfachen Lösungen mehr zu.“ (aus dem aktuellen Flugblatt „Asylrecht und Ausländerfeindlichkeit“ des Jusso-Bundesvorstandes)

Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz werden als etwas charakteristisch „deutsches“ erklärt. Das ist auf den Kopf gestellter Nationalismus, der beispielsweise völlig außer Acht läßt, daß Rassismus gerade heute in vielen europäischen Ländern am Boden gewinnt. Die französische „Front Nationale“ unter Le Pen ist da nur ein Beispiel. Bei den Gouverneurswahlen in Louisiana, USA erhielt der rassistische Kandidat

Der Kolonialismus stellte die Basis für die Entwicklung von Rassentheorien dar. In den USA basierte die ökonomische Entwicklung lange Zeit auf der Versklavung der Schwarzen. Diese brutale Ausbeutung der schwarzen Sklavinnen bedurfte einer ideologischen Rechtfertigung, also wurde der Schwarze zum Untermenschen erklärt, der mehr Ähnlichkeit mit Tieren als mit Menschen habe und deshalb auch wie ein Tier behandelt werden könne.

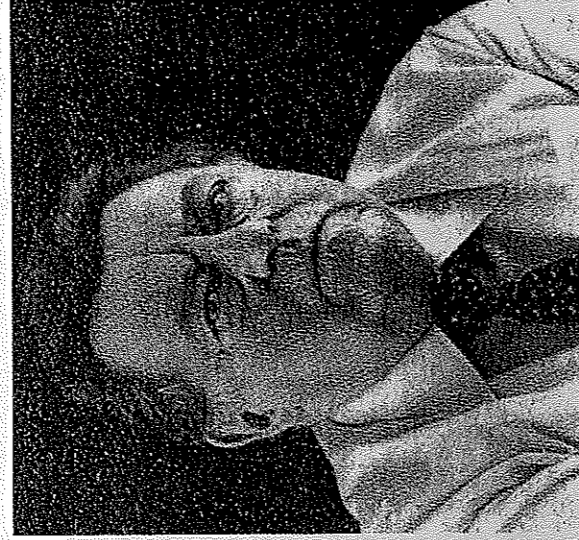
Genauso entwickelten sich Rassentheorien in England oder Deutschland, als es darum ging die Kolonien auszubeuten. „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ – dieses Motto des deutschen Imperialismus diente als Rechtfertigung für die wirtschaftliche Ausbeutung der Kolonien.

Eine neue Qualität erlangte der Rassismus, als die Kapitalisten neben Rohstoffen auch Arbeitskräfte aus den Kolonien importierten. Mit bestimmten Gesetzgebungen wurden diese Arbeitsimmigranten entrechtet und zu Menschen zweiter Klasse gemacht. Damit sollten sie zu besonders billigen Arbeitskräften gemacht werden, die ganz im Sinne der Profitinteressen des Kapitals eingesetzt werden könnten. Eine Handelsministeriums von 1895 sagte: „Beschränkte man die Industrie auf indische Arbeiter, so würde bei einem Rückgang der Industrie eine größere Anzahl von Arbeitern brotlos und vermehren sich dadurch die unzufriedenen Elemente. Dagegen könne man ausländische Arbeiter in solchem Falle ohne weiteres abstoßen.“

Der Rassismus – die Ungleichbe-

Konkurrent entgegen und wird vom Kapitalisten sogar noch als Lohnrückker eingesetzt. Das verschleierte die grundlegenden gemeinsamen Interessen deutscher und ausländischer Arbeiter und läßt sie leichter gegeneinander ausspielen. Viel wichtiger ist allerdings die Tatsache, daß niemand auf der politischen Bühne eine Alternative darstellt.

Die Stärkung des Nationalismus seit Ende des letzten Jahrhunderts (mit der Entwicklung hin zum Imperialismus) verschafft dem Rassismus immer brei-



„Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, und seien sie noch so reaktionär. Mit Hilfstrophen darf man nicht zimperlich umgehen.“ So offen sprach der verstorbene CSU-Politiker Franz-Josef Strauß 1976 vor einer Versammlung der CSU in Sonthofen, Bayern.

eren Einfluß. Die nationalistiche Ideologie ordnet die Interessen der verschiedenen Klassen in der Gesellschaft den „Interessen der Nation“ unter, die natürlich in der Realität die Interessen der Herrschenden sind.

Der Nationalismus dringt auch in die Arbeiterbewegung ein. Die Entwicklung der Industrie und Wirtschaftsaufschwung gegen Ende des 19.

war die Unterstützung des 1. Weltkriegs durch alle wichtigen sozialdemokratischen Parteien. Der Ausspruch „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ des deutschen Kaisers wurde von der SPD-Führung akzeptiert.

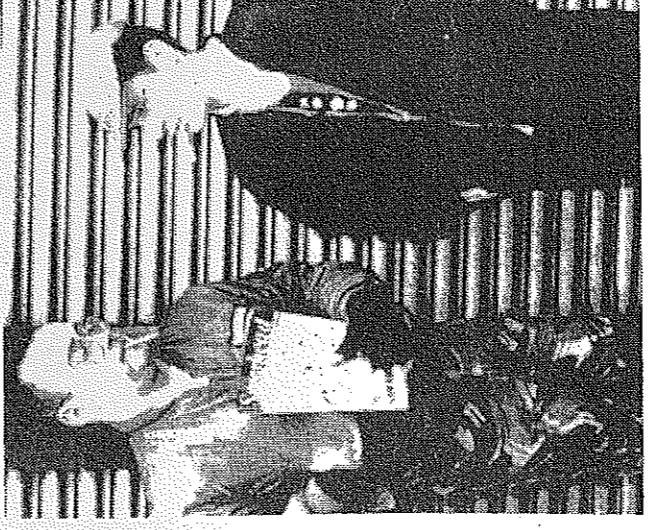
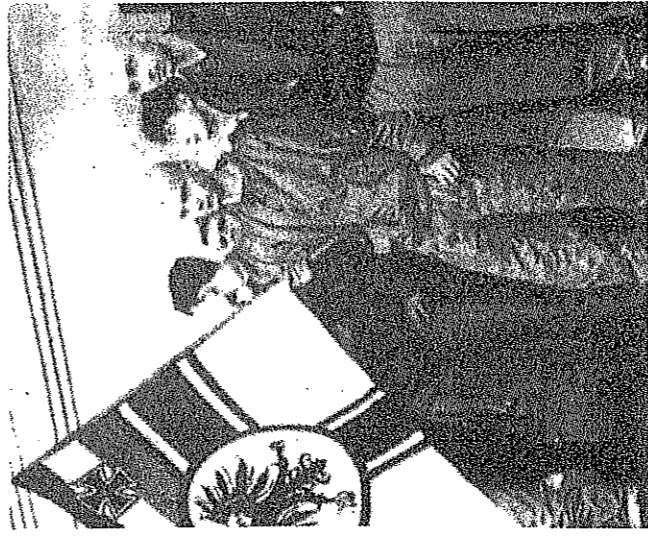
Der Einzug des Nationalismus in die Arbeiterbewegung wurde bisher nicht rückgängig gemacht. Auch heute noch identifiziert sich die SPD- und Gewerkschaftsführung mit „ihrer“ Nation und „ihrem“ Staat und schützt somit nationalistische Vorurteile unter den Lohnabhängigen. Die Vorstellung, als deutscher Lohnabhängiger habe man mehr gemeinsame Interessen mit deutschen Unternehmern als mit Lohnabhängigen anderer Nationen macht es möglich, daß sich rassistische Ideen verbreiten. Diese Vorstellung wird heute von allen wichtigen politischen Kräften, auch von SPD- und DGB-Führung, geteilt. Deshalb muß sich antirassistische Politik auch gegen diese nationalistischen Ideen richten. Wirklicher Internationalismus besteht nicht aus Lippenbekenntnissen zur Solidarität, sondern im gemeinsamen Kampf auf Grundlage der Einsicht, daß die Arbeiter in aller Welt, gleich welcher Hautfarbe und Nationalität, ein gemeinsames Interesse haben, dem nur das Kapital international entgegensteht.

Ein deutscher Bergarbeiter kann zum Beispiel kein Interesse an Niedrigstlöhnen in südafrikanischen Minen haben, da die „billige“ Importkohle dazu eingesetzt wird, seinen eigenen Lohn zu drücken oder wie gerade aktuell, Bergwerke in Deutschland zu schließen.

Rassismus wird also „gemacht“. Er ist Produkt der kapitalistischen Ordnung und nicht der menschlichen Psyche. Das zeigt auch die Geschichte des Rassismus in Deutschland seit dem 2. Weltkrieg.

## Rassismus in der BRD

Die Entwicklung des Rassismus in der BRD zeigt den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise und



Neofaschismus und Rassismus – ein internationales Phänomen: Neonazis in Dresden; Jean-Marie Le Pen, Chef der „Front Nationale“ in Frankreich;

handlung ausländischer Arbeitskräfte – dient also unmittelbar den wirtschaftlichen und den politischen Interessen der Unternehmer. Die Diskriminierung ausländischer Arbeiter auf Basis einer rassistischen Ideologie dient der Spaltung der Arbeiterklasse. Die Aufmerksamkeit soll von den deutschen Unternehmern auf die ausländischen Arbeiter gelenkt werden. Sie werden zum Sündenbock für alle Probleme gemacht: „Teile und herrsche“ heißt das altbewährte Motto der herrschenden Klasse.

Dies war und ist heute durch bestimmte Umstände möglich. Zum einen tritt der ausländische Kollege dem Deutschen auf dem Arbeitsmarkt als

Jahrhunderts ließ eine Reihe von sozialen Reformen zu, die den Lebensstandard von Teilen der Arbeiterklasse steil ansteigen ließen. Eine sogenannte „Arbeiteraristokratie“ entwickelte sich – besser bezahlte Lohnabhängige in Aufsichtsfunktionen und Leitungsfunktionen. Dies fand in der Arbeiterbewegung seinen Ausdruck darin, daß die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre bald zu Spitzenverdienern wurden und sich ideologisch immer mehr den Unternehmern annäherten.

Die Führung der Arbeiterbewegung gab ihr revolutionär-internationalistisches Programm auf und wurde reformistisch und – nationalistisch. Trauriger Höhepunkt dieser Entwicklung

Rassismus. Im langen Nachkriegsaufschwung, der bis zur ersten Weltwirtschaftskrise von 1973/74 dauerte, waren ausländische Arbeitskräfte in Deutschland nicht Opfer gezielter, staatlich organisierter rassistischer Hetze. Die deutsche Wirtschaft brauchte sie als billige Arbeitskräfte. Bis 1973 wurden sie gezielt angeworben. Natürlich gab es auch in diesem Zeitraum den staatlichen Rassismus in Form von Ungleichbehandlung durch Ausländergesetze. Von 1951 bis 1965 übernahm die BRD sogar die „Ausländerpolizeiverordnung“ aus dem Dritten Reich. Aber trotzdem war der Rassismus in Form von „Ausländerhetze, Attentaten etc. eine gesellschaftliche Randerscheinung.

## Rassismus ist so alt wie der Kapitalismus

Rassistische Ideologie entstand durch die Entwicklung und Ausdehnung der kapitalistischen Gesellschaft.

# Hintergrund

der kapitalistische Staat. Daß diese Hetze Erfolge erzielt, liegt an der Untüchtigkeit der SPD- und Gewerkschaftsführung und ihrer falschen Politik. Durchgeführt wird der Terror aber von neofaschistischen Gruppen. Dem antirassistischen Kampf stellen sich daher unterschiedliche Aufgaben.

Zum einen muß der Kampf gegen die Nazis geführt werden. Sie sind die direkte, physische Bedrohung. Ihnen muß sich die Arbeiterbewegung politisch und ebenso physisch entgegenstellen. Wenn Nazis aufmarschieren, Versammlungen abhalten oder Pogrome inszenieren, muß es eine große Mobilisierung dagegen geben. Die Verantwortung dafür tragen SPD und Gewerkschaften. Die Arbeiterklasse ist der natürliche Feind von Faschismus und Rassismus, weil Faschismus und Rassismus nicht nur ein Angriff auf die ausländischen Kollegen, sondern auf alle Lohnabhängigen ist. Es ist die Aufgabe von SPD und DGB das zu erklären. Sie haben das Potential, wirkliche Massen zu mobilisieren und die Faschisten von der Straße zu vertreiben. Sie sind in der Lage, die politischen Ursachen von Faschismus und Rassismus zu bekämpfen. Das heißt für uns natürlich nicht, daß wir abwarten bis Björn Engholm und Hans-Werner Meyer dazu gezwungen werden, den Kampf zu organisieren. Wenn SPD- und DGB-Führung passiv oder halb-passiv bleiben, dann müssen wir den Widerstand organisieren und versuchen, die SPD- und DGB-Basis dafür zu gewinnen und in diesen Organisationen Druck ausüben.

Es ist aber ein Fehler, den Kampf auf die Extremformen des Rassismus zu beschränken. Die politische Unterdrückung und Entrechtung der ausländischen Kollegen wird nicht von den Faschisten organisiert, sondern vom kapitalistischen Staat. Dieser „macht“ Rassismus. Deshalb ist ein politischer Kampf die zentrale Aufgabe antirassistischer Arbeit. Wir müssen den deutschen Arbeitnehmern erklären, daß sie ihre eigenen Interessen verteidigen, wenn sie gegen rassistische Hetze kämpfen. Die, die ein Interesse an Rassismus haben und davon profitieren, müssen klar benannt werden.

Breite Bündnisse, die sogar CDU und FDP einschließen, sind unbrauchbar und sogar schädlich, wenn es um den Kampf gegen Rassismus und Faschismus geht. Politische Antworten auf Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot müssen gegeben werden, um rassistische Vorurteile zu entkräften. Das ist mit den Parteien der Unternehmer nicht möglich. Ihr Antirassismus beschränkt sich auf schöne Worte. Sie versuchen, die antirassistische Bewegung zu entpolitisieren und schaden ihr damit.

Die einzige Kraft in der Gesellschaft, die einen erfolgreichen Kampf gegen den Rassismus führen kann, ist die organisierte Arbeiterklasse. Ihre Organisationen - SPD und DGB - müssen wider zu Kampforganisationen umgebaut werden. Eine antirassistische Politik muß eine Zukunftsperspektive aufzeigen, damit Jugendliche nicht in die Arme der Nazis laufen, sondern im Gegenteil am Kampf gegen sie teilnehmen.

Antirassistische Politik kann nicht losgelöst werden vom Kampf für bessere Lebensbedingungen für alle arbeitenden Menschen und Jugendlichen in Deutschland und der ganzen Welt. Nur eine sozialistische Politik kann daher erfolgreich im Kampf gegen Faschismus und Rassismus sein. Kapitalismus bedeutet Rassismus. Nur wenn wir den Kapitalismus abschaffen, können wir auch Rassismus abschaffen.

Sascha Stanicic, Aachen  
Jungsozialist

kapitalistischen Staat und verstand nicht, daß gerade das Kapital Hitler an die Macht bringen wollte. Die KPD jahnte ein Bündnis mit der Sozialdemokraten ab, mit der Begründung diese seien nicht besser als Hitler. Der Faschismus entwickelte sich nicht, weil das deutsche Volk plötzlich blutdürstig wurde, sondern er wurde vom Kapital an die Macht gebracht. Dies war nur wegen dem Versagen der Führungen der Arbeiterparteien möglich.

Die Möglichkeit, sich eine Massenbasis im verarmten Kleinbürgertum aufzubauen, war Folge der kapitalistischen Krise. Auch war Faschismus damals nicht eine typisch „deutsche“ Erscheinung. In Italien kam Mussolini schon 1922 an die Macht und baute seine Terrorherrschaft auf. Spanien wurde 1939 faschistisch. In allen anderen wichtigen europäischen Staaten gab es faschistische Bewegungen.

## Rolle des Faschismus

Von der rassistischen Kampagne der CDU/CSU profitieren die Neofaschisten. Ihre Zahl wird mittlerweile vom Verfassungsschutz mit 40.000 angegeben. Sie organisieren einen Anschlag nach dem anderen auf Ausländerwohnheime. Die Neo-Nazis sind zu einer gefährlichen, physischen Bedrohung für Ausländer geworden. Aber nicht nur für Ausländer, sondern auch für aktive Gewerkschafter, Linke und Antifaschisten. Es steht außer Zweifel, daß der Neofaschismus in Deutschland eine neue Qualität angenommen hat. Ihn zu bekämpfen ist deshalb auch vorrangigste, aber nicht die einzige Aufgabe. Auf der Linken wird oft der Fehler begangen, Faschismus und Rassismus zu vermissen. Entweder wird, wie schon gesagt, unter Rassismus nur seine Extremform verstanden oder aber alle konservativen Kräfte werden zu Faschisten gemacht.

Der Faschismus war 1933 der letzte Ausweg für das Kapital, um die Macht zu behaupten. Die kapitalistische Ge-

nung. Durch die Politik der CDU/SPD-Regierung in der Großen Koalition 1966-68 und die erste Rezession im Nachkriegsdeutschland erstarkte der Nationalismus zum ersten Mal wieder, was zu Wahlerfolgen der NPD führte. Die sozialdemokratische Reformpolitik nahm der NPD aber schnell wieder den Wind aus den Segeln. 1973 setzte zum ersten Mal eine rassistische Offensive von staatlicher Seite ein. Ziel war die Spaltung von ausländischen und deutschen Kollegen zur Brechung einer Streikbewegung. Gerade in Krisenzeiten spielt das Kapital die rassistische Karte, um die Aufmerksamkeit von sich selber wegzulenken. Wenn die Bedingungen, Profit zu erzielen schlechter werden und das Kapital und seine Regierung Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung planen und umsetzen, dann wird versucht, den Unmut und die Wut der Arbeiter auf ausländische Bürger zu lenken. 1973 waren viele ausländische Arbeiter an den Streiks beteiligt. Die bürgerliche Presse sprach vom „Türken-Terror bei Ford“ und versuchte ausländische und deutsche Kollegen gegeneinander auszuspielen. Die sozialliberale Regierung machte mit. Sie verhängte einen Anwerbestopp für Nicht-EG-Ausländer. Eine Reihe von Maßnahmen gegen die in Deutschland lebenden Ausländer folgten, wie z.B. die Streichung des Kindergeldes für 300.000 ausländische Kollegen 1975.

Rassismus wurde so in der BRD wieder zu einem herrschenden politischen Mittel der Herrschenden. Die SPD/FDP-Regierung bereitete den Boden für die rassistischen Maßnahmen von Kohl und Konsorten in den 80ern, indem sie selber zahlreiche ausländische feindliche Maßnahmen beschloß.

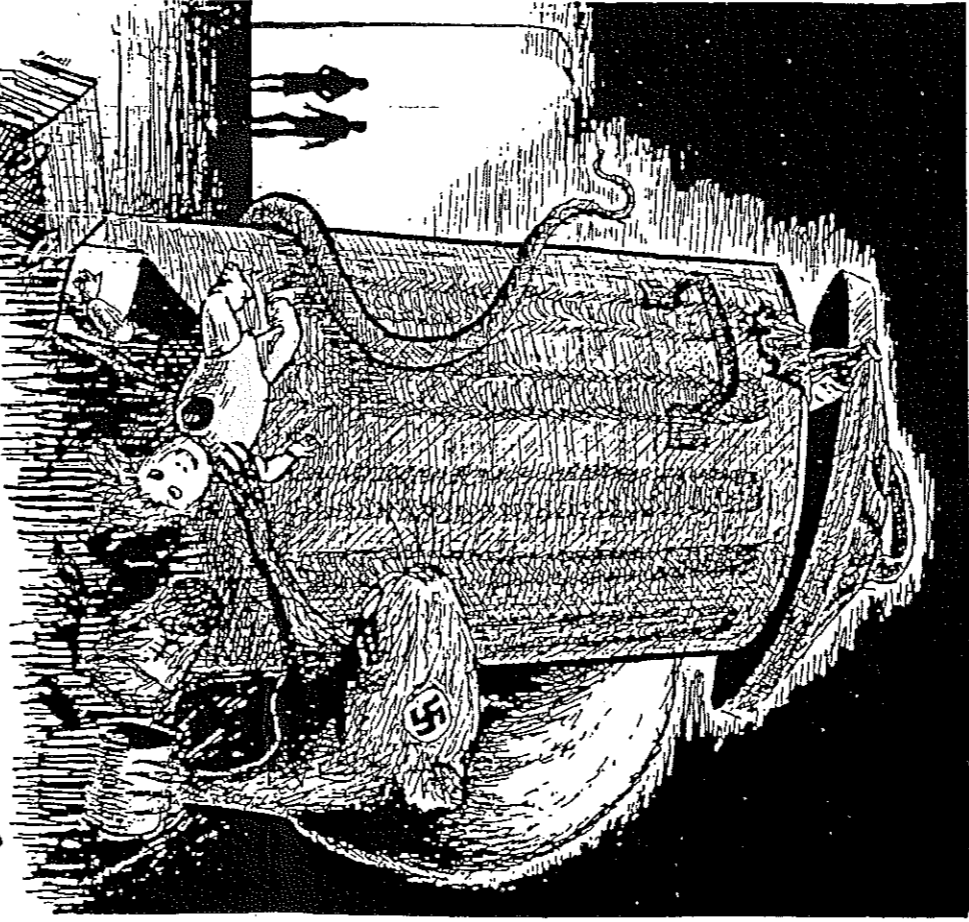
Gerade in Zeiten der Krise versucht das Kapital, den Lohnabhängigen ein zurechen, es gäbe kein unterschiedliches Interesse von Unternehmen und Lohnabhängigen. Man solle „den Gürtel enger schnallen“. In Ostdeutschland müsse man durch „das Tal der Tränen“. Die Identifikation mit der eigenen Kapitalistenklasse und ihren Maßnahmen wird propagiert, auch von Seiten der SPD- und Gewerkschaftsführung. Um das zu verstärken und so Kämpfe der Arbeiter zu verhindern, werden die ausländischen Kollegen und die Asylbewerber zum Sündenbock gemacht.

Die rassistische Hetze hat immer in für die Herrschenden schweren Zeiten zugenommen. 1986 nach Tschernobyl, dem Angriff auf den 116: Arbeiterförderungs-gesetz (dem Streikparagrafen) und vielen weiteren Angriffen stand die Koalitionregierung auf einem Teufelsband bei Meinungsuntfragen. Bei einer offenen, sozialistischen Politik der SPD wären Neuwahlen und eine absolute SPD-Mehrheit möglich gewesen. Die Bundestagswahl war für Januar 1987 angesetzt - was also tun?

**Rassismus ist eine Klassenfrage. Die Kapitalistenklasse setzt den Rassismus gezielt zur Spaltung und politischen Desorientierung der Arbeiterklasse ein, um ihre Macht zu erhalten. Denn die Unternehmer wissen, daß eine geeinte Arbeiterbewegung auch eine erfolgreiche Arbeiterbewegung sein kann.**

sellschaft steckte in ihrer tiefsten Krise, die Welt steuerte auf den 2. Weltkrieg zu. In dieser Situation war für das Überleben des Kapitalismus die Zerschlagung der Arbeiterbewegung nötig. Dies konnte ein „normales“ Polizeiregime nicht gewährleisten. Um die mächtigen Organisationen der Arbeiterklasse - SPD, KPD und Gewerkschaften - zu zerstören, mußten Massen in Bewegung gesetzt werden. Diese Aufgabe übernahmen Hitler und die Nazis. Sich auf das durch die Krise verarmte Kleinbürgertum stützend baute Hitler eine Massenbewegung auf. Doch das Kapital hätte er niemals an die Macht gelangen können.

Hitler hätte aufgehört werden können, wenn die Gewerkschaften, die SPD und die KPD in einer Einheitsfront gegen die Nazis vorgegangen wären. Stattdessen vertraute die SPD auf den



# WACHSAM SEIN!

dere Rolle. Die Neo-Nazis haben die Rolle von „Hilfstruppen“ für die Herrschenden, die gegen Linke, Gewerkschafter und Ausländer vorgehen, um diese einzuschüchtern. Sie werden vom kapitalistischen Staat bewußt am Leben erhalten und von einzelnen Kapitalisten auch finanziell unterstützt. Es besteht jedoch keine Gefahr einer Macht-ergreifung durch die neuen Nazis, was nicht heißt, daß sie keine Gefahr sind. Zum Teil geht den Herrschenden die Aktivität der Neo-Nazis sogar zu weit. Das jetzige Ausmaß an Terror gegen Ausländer ist nicht im Interesse von Kohl und Kapital. Auch das hat wirtschaftliche und politische Gründe. Der Staat verliert die Kontrolle über die Neofaschisten und das Ausmaß der Anschläge hat eine Gegenbewegung auf der Linken zur Folge. Auch im allgemeinen Bewußtsein der Bevölkerung deutet sich eine gegenläufige Tendenz an: 60 Prozent der Deutschen fanden es im Oktober in Ordnung, daß „viele“ Ausländer in Deutschland leben. Das sind 16 Prozent mehr als im Vormonat.

Aber das Kapital ist auch an ökonomischen Gründen besorgt. Hans-Peter Stihl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes, sieht negative Folgen für die deutsche Wirtschaft. Die Bundesrepublik braucht seiner Meinung nach „ein positives Bild im Ausland, weil wir auf ausländische Unternehmer angewiesen sind“. Imageverlust im Ausland ist also die große Sorge der deutschen Unternehmer. Tatsächlich ist es möglich, daß sich eine japani-

sche Firma dreimal überlegt, ob sie in Ostdeutschland investieren soll, wenn Ihre Ingenieure auf der Straße gefährdet sind. Die faschistischen Skinheads machen wohl kaum einen Unterschied auf wen sie einschlagen.

Härfere Maßnahmen gegen Neo-Nazis als in der Vergangenheit sind also kein Ausdruck einer plötzlich antifaschistischen Gesinnung der deutschen Justiz, sondern Folge der Tatsache, daß die Faschisten auch in den Augen der Kapitalisten zu weit gehen.

Die Neofaschisten sind eine Bedrohung für alle Ausländer, Gewerkschafter und Linke. Sie werden am Leben erhalten, vor allem, damit man sie in der Zukunft, wenn die kapitalistische Krise fortschreitet, einsetzen kann. Eine Massenbewegung vergleichbar den 30er Jahren können sie nicht werden. Ihre klassische soziale Basis - das verarmte Kleinbürgertum - existiert nicht mehr. Heute finden sie Unterstützung vor al-

lem bei perspektivlosen, zum Teil arbeitslosen Jugendlichen. Die Wählerstimmen für Deutsche Volksunion (DVU) und Republikaner stammen zu einem großen Teil von enttäuschten SPD-Wählern. Ein Grund dafür ist, daß es keine politische Kraft gibt, die die katastrophalen Probleme radikal bekämpft und eine Alternative aufzeigt.

Mit dem Anwachsen gewerkschaftlicher Kämpfe gegen Angriffe der Unternehmer in den nächsten Jahren wird allerdings klarer werden, daß die Grenze in der Gesellschaft zwischen Arbeit und Kapital verläuft, und nicht zwischen Ausländern und Deutschen. Der gemeinnsame Kampf von ausländischen und deutschen Kollegen wird die Neofaschisten wieder mehr isolieren. Solange jedoch Kapitalismus existiert, werden auch neofaschistische Banden existieren, die auch, je nach politischer Situation, an Einfluß gewinnen können.

**Kampf gegen Rassismus**

Wie wir versucht haben zu erklären, ist Rassismus ein Organisationsprinzip der kapitalistischen Gesellschaft. In Zeiten der Krise verschärft sich die rassistische Hetze von Seiten des bürgerlichen Staates, um die Arbeiterklasse zu spalten und von den wahren Problemen abzulenken. In solchen Zeiten nehmen auch die Extremformen des Rassismus in Form von Anschlägen auf Ausländer zu. Die politische Verantwortung für diesen Terror tragen die bürgerlichen Parteien, die Medien und